

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 gespaltent oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Abzugspreis: Durch Austritte Einzelnummer 200 201. 1000.— 201. pro Woche. Durch die Post vom Reichsverband der Deutschen Gewerkschaften im Monat Juni und Juli des Jahres 1923. 6.— 10 Uhr nachmittags Postfach 100. Breslau Nr. 113 201.— Fernspr. Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 127.

Montag, den 4. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Wachsende Teuerungs- und Streikwelle

Dollar 80000 / 12000fache Lebensmittelpreise / 3300fache Löhne Streik in Oberschlesien und Aussperrung bei Linde-Hofmann

Die Schwerindustrie und die Gewerkschaftsführer

Die Arbeitermassen in den Betrieben, die Angestellten in den Kontoren, die unteren und mittleren Beamten sind in Bewegung gekommen. Nach dem spontanen Massenstreik an der Ruhr, der zuerst kam, weil der patriotische Wucher im belebten Gebiet immer noch an der Spitze ist, steht jetzt die Arbeiterkraft in Berlin und im Reich in einer großen Bewegung, bereits häufen sich die spontanen Streiks und die impulsive Massendemonstrationen. Der arbeitenden Bevölkerung wird hauptsächlich die Grundlage ihrer Existenz unter den Füßen weggezogen. Jeder Tag bringt eine neue Rekordhöhe des Dollars. Am letzten Donnerstag überschritt der Dollarkurs 80 000, am Freitag 70 000, am Sonnabend 80 000. Die Papiermark, mit der die Löhne gezahlt werden, ist zur schlechtesten Valuta geworden, denn die einst so betrachtete österreichische Krone ist bereits 111 Wennige wert.

überwindlichen Wasse seiner gewerkschaftlichen Organisationen dem kapitalistischen System ein für allemal den irdischen Schlag verfechten, weil die reformistischen Führer sabotieren und gemeinsame Sache mit dem Klassenfeind machen. Wer weiß die Massen jetzt sofort kämpfen müssen, wenn sie nicht verrecken wollen, so heißt es jetzt: „Einig bleiben um jeden Preis!“ Einig dem Klassenfeind gegenüber! Einig trotz der Lügen der Saboteure! Einig in der Abwehr der falschen Provokationen!

Die Kommunisten werden den arbeitenden Massen in ihrem berechtigten Kampf um das nötige Brot unerschrocken den Weg weisen, ihre Interessen verteidigen, die Bildung der proletarischen Einheitsfront mit allen Kräften fördern, unermüdet an der Stärkung der Gewerkschaften arbeiten bis der Klassenfeind endgültig geschlagen ist!

essen. Hier verlangte eine Kommission die Auszahlung der neuen Standardlöhne nicht erst vom 3. Juni ab, sondern schon eine Woche früher und außerdem die einmalige Wirtschaftsbefehle nicht als Vorbehalt ausgezahlt. Die noch auf dem Büro anwesenden Herren erklärten sich aber als nicht kompetent und so betraf die ganze Sache wie das Hornberger Schießen.

Heute, am Montag, ist der Betrieb wieder in vollem Umlauf aufgenommen, trotzdem die Forderung der Arbeiterkraft weiter besteht. Ein Ultimatum der Hammerschmiede, welche eine Wirtschaftsbefehle von 100 000 Mk. fordern läuft auch bis heute Mittag ab und es ist abzuwarten, wie die Gewerkschaften dazu Stellung nehmen werden und ob sie gewillt sind, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu unterstützen.

Sache der Arbeiterkraft ist es, den nötigen Druck auf die Gewerkschaftsbürokratie auszuüben, damit die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden.

5000 Arbeiter Metallarbeiter im Streik

Am Freitag den 1. Juni, sind in Lübeck 5000 Metallarbeiter in den Streik getreten. Die Unternehmer haben diesen Streik durch ihre jede wirklich ausreichende Lohnerhöhung ablehnende Haltung heraufbeschworen.

Der Kölner Streik dehnt sich aus

Den streikenden Straßenbahnern haben sich sämtliche Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke angeschlossen. Die Gewerkschaftsführer wollten den Streik als „wild“ erklären, und haben dadurch erreicht, daß die Engländer die Mitglieder der Streikleitung verhafteten. Auf den Druck der Massen mußten sie wieder freigelassen werden.

Der Streik der Metallarbeiter in Remscheid dauert in voller Stärke an.

Die Metallarbeiter von Mannheim lehnten mit über 85 Prozent einen völlig ungenügenden Schiedsspruch ab. Sie stehen vor dem Streik.

In einer Versammlung der Straßenbahner wurde, trotzdem die Organisationsleiter die Annahme des gestern geschlossenen Schiedsspruches befürworteten, die vorgeschlagene Urabstimmung abgelehnt und durch Handaufhebung die Weiterführung des Streikes beschlossen. Gefordert werden eine Entschuldigungssumme von 200 000 Mark, eine 50%ige Lohnerhöhung und die Bezahlung der Streiktage.

Die Gärung bei den städtischen Arbeitern Berlins

Die am Sonnabend, den 2. Juni, morgens 9 Uhr versammelten Obleute der technischen Betriebe der Stadt Berlin nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Widerspruch des Reichsfinanzministers gegen den Beschluß des Magistrats betr. Auszahlung von 50 000 Mark. Die Obleute weisen darauf hin, daß die letzte Lohnfestsetzung am 14. Mai erfolgt ist und daß in der inzwischen verstrichenen Zeit die Preise um über das Doppelte gestiegen sind. Alleine am gestrigen Tage stiegen die Preise für Schmalz, Margarine und Fleisch um 1000 Mk. pro Pfund und die übrigen Preise in gleicher Weise. Die Obleute weisen weiter darauf hin, daß der Arbeiterkraft mit einer Lohnerhöhung ab 1. Juni nicht geholfen ist. In den allermeisten Großbetrieben werden 6 Tage Lohn einbehalten und aus diesem Grunde würde eine Lohnerhöhung ab 1. Juni erst am Freitag, den 15. Juni, praktisch zur Auswirkung kommen. Eine Nachzahlung für Mai ist unbedingt erforderlich. Die 50 000 Mk. können nur als Vorbehalt auf diese Nachzahlung angesehen werden. Sollte bis Montag früh bei Arbeitsbeginn nicht die Anweisung vorliegen, daß der Beschluß des Magistrats sofort zur Ausführung kommt, so für die Obleute die Verantwortung für einen Stillstand des Betriebes nicht weiter übernehmen.

Anglist auf dem Lehrter Bahnhof

Heute früh 7 Uhr wurde auf dem Lehrter Bahnhof das Stielwerk L.M.T. durch einen Verzug untergefahren. Bei dem Unfall wurden drei Beamte verletzt und ein getötet.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien

Auf der Heinitz- sowie Hohenzollerngrube ging die Verwaltung dazu über, den ledigen Haushaltungsvorständen 30 Zentner Deputatkohlen zu kürzen, außerdem den anderen ledigen Arbeitern 20 Zentner der Deputatkohle. Weiter wurde den ledigen Haushaltungsvorständen das Hausstandsgeld entzogen.

Das schlug dem Faß den Boden aus! Ganz spontan traten die Kumpels in den Streik. Die Sirenen wurden gezogen und die Bergleute stiegen ohne Unterschied der Gewerkschaftszugehörigkeit aus ihrem Schacht empor. Einheitslich und geschlossen stehen sie im Kampf, der natürlich von den Gewerkschaftsbürokraten sabotiert wird.

Oberschlesische Kumpels, der Generalangriff der Schlotbarone beginnt! Sollen sich die Arbeitskollegen von der Heinitz- und Hohenzollerngrube nicht verbluten und wollen ihr eure eigene elende Lage verbessern, so ist unbedingt erforderlich, daß euer wirtschaftlicher Kampf einheitlich und zusammengefaßt geführt wird.

Streik und Aussperrung in den Linde-Hofmann-Landhammer-Werken

Die Bezahlung durch das sogenannte „Dresdener Lohnsystem“ trifft die Hilfsarbeiter bei Linde-Hofmann am allermeisten. Sie haben sich veranlaßt, von der Direktion eine Wirtschaftsbefehle von 50 000 Mark zu fordern. Durch den Betriebsrat verlangten sie bis spätesten Sonnabend mittag Bescheid. Als nun zur Frühstückspause sich sämtliche Hilfsarbeiter vor dem Verwaltungsgebäude versammelten und die Antwort der Direktion eine ablehnende war, beschloßen die Arbeiter, vor das Verbandsbüro der schlesischen Metallindustriellen zu gehen, um dort auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben. Es wurde bekannt, daß sämtliche Arbeiter ein Vorbehalt, gestaffelt von 9000 bis 24 000 Mark am Dienstag ausgezahlt und in drei Raten wieder abgezogen werden sollte. Durch diese unverschämte Annahme der Direktion auf höchste gereizt, brachen die Arbeiter den Betrieb zum Stillstehen. Die Direktion sah sich darauf veranlaßt, sämtliche Hilfsarbeiter, sofort auszusperrten. Nachdem sich auch die Arbeiter der Firma Archimedes solidarisch erklärt hatten, versammelte sich ein großer Teil der Arbeiter vor dem Büro der Metallindustriellen.

Diese unaufhörliche Markentwertung wird durch die Markflucht der deutschen Kapitalisten herbeigeführt. Die Industriellen haben ein besonderes Interesse an der Verschlechterung der Papiermark, denn die ungeheuren Inflationsbeträge, die sie von der Regierung bei einem Dollarkurs von 20 000 belamen und die sie umsetzen in Goldwerte, in geleistete vollwertige Arbeitsstunden der Millionenarmee der Schaffenden, diese Kredite wollen sie jetzt zurückzahlen mit der entwerteten Mark. Wenn sie heute ihre Kredite zurückzahlen, so brauchen sie nur ein Viertel des Realwertes zurückgeben. Die nötigen Papiergeldmengen nehmen sie den breiten Massen der Verbraucher ab durch wuchertische Steigerung der Preise ihrer Waren.

Dollar 80 000! Das bedeutet eine ungeheure Verminderung des Reallohnes. Der Dollar ist auf das 18 000fache des Vorkriegsnennwertes gestiegen, die Lebensmittelpreise haben bereits 12 000fache Preise erreicht, die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind auf das 40 000fache gestiegen, während die Löhne erst auf das Niveau der 3300fachen Steigerung gekommen sind. Nach den Angaben der „Industrie- und Handelszeitung“ sind die Lebenshaltungskosten im Mai um 39 Prozent gestiegen. Wenn die deutschen Arbeiter vor 1914 einen Wochenverdienst von 8 Dollar hatten, so hungern sie heute mit dem erbärmlichen Wochenlohn von höchstens 1 1/2 Dollar.

Dollar 80 000! Das bedeutet, daß wir bereits in österreichische Verhältnisse hineingerückt wurden, ja es bedeutet mehr. Die Millionenmassen Deutschlands lassen sich nicht mit dem kleinen österreichischen Volk vergleichen, in Deutschland bedeutet es die Vernichtung der Arbeitskraft der werktätigen Massen, eine Katastrophe, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.

Denn, was wir jetzt sehen, ist erst der Anfang der Auswühlung neuer gewaltiger Lasten auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Kapitalisten wollen mit allen Machtmitteln des Staates die fordernden Massen niederschlagen, damit sie nicht nur von allen Lasten befreit bleiben, sondern einen neuen Kieferranbahnung unternehmen können. Die Arbeiter werden die Hebe gegen die Ruhrarbeiter in neuer, gesteigerter Auflage erleben, die Beamten und Staatsarbeiter sollen mitansehen, wie die Staatsbetriebe in die rassistischen Hände der Stinnes gespielt werden, wie Hunderttausende entlassen und ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen beraubt werden.

Die ungeheure Erregung der Arbeiterkraft beweist, daß sie die ungeheuren Anschläge nicht durchgehen lassen will. Wohl kann heute das deutsche Proletariat noch nicht mittels der un-

Die Raubritter der Schwerindustrie haben eine unabweisliche herbe Sprache geführt vom Reichsverband der Deutschen Gewerkschaften, jede dem Reichsverband, die ihre Unterstützung unter Verhinderungen zu Konventionen zahlen, mußte vor der Hand der politischen Parteien die Gewerkschaften beschaffen, daß die von den Schwerindustriellen Raubrittern geforderten Bedingungen durchgesetzt werden.

Was tun die in Arbeitsgemeinschaft mit ihnen verbundenen Gewerkschaften?

Wie Bücher am Drane, haben die Gewerkschaften die Industrieunternehmen das „Entschieden“ über die Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaftsinstanzen besprochen.

Die selbstverständliche Pflicht der Gewerkschaftsinstanzen war, sofort Alarm zu schlagen.

Sie haben es nicht getan.

Was tun sie jetzt?

Sie erstatten unaufgefordert auch ein „Entschieden“ an die Reichsregierung. Sie fordern das „Entschieden“ der Schwerindustriellen ab. Sie schlagen als „Richtlinien“ für eine „sinnvolle Steuerreform“ zum Zwecke der Umbastanzierung des Haushalts der Bundesregierung vor:

1. Organisatorische Zusammenlegung und Vereinfachung des Steuer-Verwaltungsapparates und der derzeitigen Steuer.
2. Anpassung der Steuern an den sich anpassenden Marktwert und Automatisierung des Steuerertrags.
3. Schaffung einer wirksamen allgemeinen Quellensteuerung in Höhe einer Erlassung der Sachverhalte, die durch die Inflation erfolgreich bekämpft kann.

Sie erklären: „Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Befreiung des Achstundentages und noch weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Achstundentag, sie werden ihn sich zu erhalten wissen.“

Hinter den Worten der Ritter von der Schwerindustrie steht ihre ungeheure wirtschaftliche Macht und der Wille, sie rücksichtslos anzuwenden.

Was steht hinter dem Protestgutachten der Gewerkschaftsinstanzen? Nichts, solange sie nicht wagen, die Massen zum Kampf aufzurufen, solange sie das Band der Arbeitsgemeinschaft mit der Schwerindustrie nicht zerreißen, solange sie mit dem Bürgertum zusammen Koalitionspolitik treiben. Solange ist dieses Protestgutachten ein wertloses Stück Papier, mit dem die Stinnes u. Co. sich den Hintern wischen.

Wenn die Massen nicht von unten her Dampf machen, so werden sie rettungslos verloren sein.

Die Ratlosigkeit der Reichsregierung

Berlin, 4. Juni
Der Termin für die Ueberreichung der neuen deutschen Note ist nunmehr auf Mitte dieser Woche festgesetzt. Die von Cuno nach London zur Information ersuchten Beauftragten haben dort eine mehr als führe Aufnahme gefunden. Nach neuesten Meldungen soll die Note nunmehr wieder eine Gesamtsumme noch die jährlichen Zahlungsbeträgen festlegen, sondern alle Einzelheiten nach dem englischen Plane zur Entscheidung den internationalen Sachverständigen überlassen.

Auch die Garantieforderung ist noch ungeklärt. Die Regierung schwankt zwischen den Vorschlägen des Reichsverbandes der Industrie und einem vom Reichsfinanzministerium vorgelegenen Plane einer Vermögensbesteuerung.

Das ist Tadel wie Josef. In beiden Fällen wird das Proletariat letzten Endes die Kosten zu tragen haben. Die Haltung der Sozialdemokratie, die hauptsächlich Kommunistenbegegnung in dieser Situation der allgemeinen Falllosigkeit der Bourgeoisie verdient die schärfste Brandmarkung.

Stinnes verhandelt mit Franzosen
Hugo Stinnes ist nach einer Korrespondenz des Berl. Tagebl. in Mailand angekommen. Er sollte eine lange Unterredung mit Zoch, dem Direktor der Sommerfabrik, Stinnes führt von hier nach Zürich, wo er angeblich mit französischen Persönlichkeiten zusammentrifft. Hier vermutet man, es handele sich bei diesen Begegnungen um die Anbahnung einer deutsch-französischen Verständigung.

Deutsch-französische Einheitsfront gegen die Ruhrarbeiter

Vortmund, 4. Juni.
In Vortmund und in Bochum legt man die Hebe gegen die kommunistischen Funktionen und Angehörigen der proletarischen Hundertschaften fort. Es soll dieses Mal ganze Arbeit geleistet werden. Nach 200 Wochen der Verhaftungen sind nunmehr nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen 500 Verhaftungen in Vortmund dazu gekommen. In Hörde wurden aus einer Wirtschaft allein über 50 Personen verhaftet. Ein Teil der verhafteten Leute mußte wieder frei gelassen werden, da ihnen keinerlei strafbare Handlungen nachgewiesen werden konnten. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Frauen.

Nach Meldungen des Berliner Sozial-Anzeiger hat der französische Militärkommandant von Bochum ein Schreiben an den Magistrat gerichtet und um Aufstellung einer neuen Polizei in Stärke von 200 Mann ersucht. Diefelbe besteht aus Mannschaften der ehemaligen blauen Polizei und des Selbstschutzes.

Saskisten morden Sozialdemokratische Arbeiter

Münster, 4. Juni.
In Fürth bei Münster hielt am Sonnabend, den 2. Juni die USPD eine Versammlung ab. Beschlafnete National-Sozialisten in Gemeinschaft mit Schupo-Beamten überfielen die Versammlung und richteten ein großes Blutbad unter ihnen an. 3 Arbeiter sind tot, ca. 20 verwundet.

Das ist die Antwort der bayerischen Saskisten auf den sozialdemokratischen Faschismus!

Massenprotest der Berliner Arbeiter

Berlin, den 4. Juni.
Am gestrigen Sonntag hat die SPD die Berliner Arbeiter zu Protest-Demonstrationsversammlungen auf öffentlichen Plätzen gegen die Ruhrprovokation, den faschistischen Terror und die schamlose Kommunistenbegegnung aufgerufen. Die Versammlungen waren zahlreich besucht. Gewerkschaften wie immer. Ein Massenaufruf von Schupo zu Fuß und zu Pferde und Lastautos versuchte besonders in Neukölln die Demonstration zu provozieren. Als das mißlang, wurden 5 Genossen als als Täter tätig waren, verhaftet. Auf An Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sollen sie dem Staatsanwalt vorgeführt werden.

Hungertravalle und Schupo

Die die „Deutsche Tageszeitung“ aus Lüttich erzählt, ist es in Kaufbeuren zu Unruhen und Plünderungen gekommen, die auf dem diesjährigen Jahrmarkt ihren Anfang nahmen. Die Auslagen der Geschäfte wurden geraubt, wobei die Plünderer etwa 50 Einwegschreiben zerstörten. Erst bei aus Lüttich aufgeborenen Schupo gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. 18 Personen wurden festgenommen. Die „Räuberführer“ sind anscheinend entkommen.

(Der „Räuberführer“ wird kein anderer als der Junger gewesen sein. Er ist eben von der Schupo überhaupt nicht zu packen. Er wird solange umgehen und Unheil verursachen, bis daß der gemeine Kampf des Proletariats ihn unerschütterlich macht.)

Poincarés Ruine Höllen als Geißel in den Klauen Poincarés

Paris, 3. Juni.
Wie die Morgenblätter berichten, hat sich die französische Regierung entschlossen, den deutschen Kommunisten Reichstagsabgeordneten Höllen provisorisch in Haft zu behalten, um Repressalien gegen die angeblich willkürliche Verhaftung von Franzosen in Deutschland zu üben.

Eisenbahnverurteilungen

In den Reichsbahndirektionsbezirken Hamm und a. M. sind im Laufe der letzten Monate 22 Eisenbahnbedienstete mit Familien ausgewiesen worden.
Von dem französischen Kriegsgericht in Mainz sind am Sonnabend drei Eisenbahnbedienstete zu je drei Monaten Gefängnis und 1 bis 2 Jahre in je drei Monaten Gefängnis und 1 bis 2 Jahre in je drei Monaten Gefängnis über die Verurteilung von Eisenbahnbediensteten mit Geld gebot haben sollen.

Zweierlei Maß!

Behördliche Begünstigung des Faschistenaufraches, aber Kampf gegen proletarische Abwehr

Offener Brief an den Herrn Polizeipräsidenten in Breslau

Herr Polizeipräsident!
Sie haben mir durch Ihren Beamten, Polizei-Assistent Kluske am 30. Mai mitteilen lassen, daß der preussische Innenminister die Bildung der sogenannten proletarischen Hundertschaften verboten hat. Am Freitag den 1. Juni nachmittags wurde ich nochmals von diesem Beamten geladen, wo mir eröffnet wurde, daß die Polizei angewiesen ist, auf das schärfste gegen die Bildung von Hundertschaften vorzugehen. Sie selbst haben mir bei verschiedenen Gelegenheiten eröffnet, daß Sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Breslau sorgen. Mit unerschütterlicher Strenge würden Sie gegen die Feinde des Vaterlandes, die Deutsch-Völkischen usw. vorgehen.
Ihre Worte und die Handlungen Ihrer Beamten stehen jedoch im Widerspruch zu dem was ich Ihnen vorzutragen habe.

Zum Beweis für meine Behauptung diene die Schilderung von zwei Vorfällen, die sich am Sonntag, den 3. Juni abgespielt haben. Die Mitglieder der kommunistischen Jugend bemerkten in verschiedenen Teilen der Stadt die Anwesenheit von Selbstschutz-Angehörigen. Sie teilten um 8 Uhr morgens dem Polizei-Präsidenten mit, daß sich diese Selbstschutz-Organisationen, es handelte sich um 4 Kompanien, am Freiburger Bahnhof befinden. Den Mitgliedern der kommunistischen Jugend wurde telefonisch erwidert, daß Sie, Herr Polizeipräsident noch nicht zu sprechen seien und die Tätigkeit der politischen Polizei erst um 9 Uhr beginne. Anstatt die Schupo sofort aufzubieten und die Weiterfahrt der Selbstschutz-Organisation zu verhindern, haben Ihre Beamten es nicht einmal für notwendig gehalten, sich von den der Wahrheit entsprechenden Angaben zu überzeugen.

Infolge dieser Pflichtverletzung Ihrer Beamten sind die vier Kompanien Selbstschutz zu einer Feldübungsübung weitergeleitet. Sie haben ferner in Meitlau anlässlich einer Denkmaleinweihung eine Parade abgehalten, die vom Grafen Sauerma abgenommen wurde. Demselben Grafen, bei dem sich das auch Ihnen bekannte große Waffenlager der Orgesch befindet und wachsam noch befindet. Am 4/10 Uhr abends kamen diese 4 Kompanien, nicht „proletarischer“ Hundertschaften, mit schwarz-weiß-roten Fahnen unter dem Gesang republikanischer Lieder auf dem Freiburger Bahnhof an. Auch hier zeigten sie ihr provokatorisches Verhalten gegenüber der Arbeiterchaft weiter fort. Als sich einige Arbeiter gegen die Provokation wandten, wurden sie von den Orgeschleuten als Judenweiche bezeichnet und mit Bierflaschen geschlagen. Als sie von einigen Arbeitern darauf aufmerksam gemacht wurden, daß ihr Verhalten die Arbeiterchaft nicht zuzulassen sei, erwiderte sie:

„Wir scheißen auf die Arbeiterschaft.“

Auf dem Hauptbahnhof verlangten einige Arbeiter die Festlegung der Führer dieses Stupps. Die Schupo-Beamten weigerten sich mit der Begründung, es handele sich um Selbstschutz, der der Hindenburg-Geißel angegeschlossen sei. Nach den Verfügungen des Ministers des Innern ist jeder Selbstschutz auch in Oberschlesien verboten. Anwesende von unserer Parteikonferenz in Striegau zurückkehrende ober-schlesische und Hindenburg-Genossen haben jedoch festgestellt, daß dies den Tatsachen nicht entspricht und diese Selbstschutzleute keine Hindenburgler waren.

Warum, Herr Polizeipräsident, haben Ihre Beamten nicht hier sofort eingegriffen und die Abfahrt der 4 Selbstschutz-Kompanien verhindert?

Es handelt sich, wie ich ausdrücklich feststelle, bei jenen 4 Kompanien um rein militärische Formationen.

Sie Selbstschutzangehörigen tragen selbstgrüne Röcke, einschichtige Hüten mit schwarz-weiß-roten Akzenten und einzelne Offiziere, die den Trupp kommandieren, tragen Friedenssymbole mit Koffeln.

Die Abgrenzung des Ruhrgebietes

Berlin, 3. Juni.
Der Räter zufolge wird die Ruhr-Linie von den Franzosen von Tag zu Tag härter gehandhabt. Allerdings verlangen die französischen Nationalisten auf den Straßen der Städte des besetzten Gebietes Personalansätze. Personen die ohne Ausweis angetroffen werden, werden verhaftet.

Ein Zwanzigmarkstück — 260 000 RM.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 4. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von 200 000 RM für ein Zwanzigmarkstück, 130 000 RM für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 500fachen Betrage des Nennwertes.

Während die Breslauer Polizei anlässlich dieses für die Rüstungen der Konterrevolution bezeichnenden Vorfalles vollkommen versagt hat, wird die kommunistische Partei weiter drangsalariert und zwar richten sich diese Maßnahmen der Polizei nicht nur gegen die angeblichen Hundertschaften, sondern gegen die Bewachung anderer Grundstücke, die der Polizei bekannt und gegen die Verwendung anlässlich einer Hausdurchsuchung bei meiner Vernehmung nicht erhoben wurden. Während der Abwesenheit der führenden Mitglieder unserer Partei wurde gestern vormittag eine Hausdurchsuchung im Grundstück Eremitenstraße 50 vorgenommen. Die Beamten, die erst durch einen Spitzel die Abwesenheit unseres Geschäftsführers, Schöcher, feststellen ließen, ließen das beschlossene Zimmer gewaltsam öffnen und beschlagnahmten das Wachs zum Schutze der Produktivgenossenschaft. Und dabei haben Ihre Beamten gemerkt, daß wir eine solche Wache eingerichtet haben. Bei der am 11. Mai 1923 stattgefundenen Hausdurchsuchung in den Räumen der Bezirksleitung habe ich Ihrem Polizei-Assistenten Kluske Mitteilung von der Einrichtung der Wache gemacht. Ich habe ihm das Wachsopal gezeigt und ihn aufgefordert, auch dort zu suchen. Bei der erneuten Ladung am 1. Juni habe ich denselben Beamten nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß diese Wache nach wie vor besteht, und wir darin keine verbotene Handlung erblicken. Ihr Beamter selbst hat das ganz in Ordnung gefunden, daß wir unser Eigentum schützen. Es handelt sich also in diesem Falle gegen uns um eine vollkommen gesetzwidrige und überflüssige Maßnahme, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Beamten keine Zeit hatten, gestern gegen die in der Stadt herumlaufenden staatsfeindlichen Hundertschaften einzuschreiten.

Wenn Sie, Herr Präsident, glauben, gegen die proletarischen Hundertschaften mit aller Schärfe einschreiten zu müssen, so fordern wir, daß Sie und die Ihnen unterstehenden Organe mit gleicher Strenge gegen die republikanischen bewaffneten Selbstschutz-Organisationen einschreiten und die Tätigkeit derselben genau so scharf überwachen, wie die proletarischen Hundertschaften. Diese selbstverständliche Forderung ist von Ihnen und den Ihnen nachgeordneten Organen bisher nicht erfüllt worden. Ihre Maßnahmen, Herr Polizeipräsident, richten sich einseitig gegen die Abwehrbestrebungen der Arbeiterschaft gegenüber dem faschistischen Selbstschutz-Organisationen von Ihnen und den Ihnen unterstehenden Organen geduldet und dadurch begünstigt wird.

Herr Polizeipräsident!
Im Namen der Bezirksleitung Schlesien der kommunistischen Partei richte ich an Sie hiermit die offene Anfrage:

Was gedenken Sie zu tun, um das Treiben der konterrevolutionären Selbstschutz-Organisationen und ihren Durchzug durch Breslau zu verhindern. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich in Zukunft derartige Provokationen bieten zu lassen. Sie wird, wenn Sie und Ihre Organe weiter verjagen, den Faschismus und den Weitertransport der Selbstschutz-Organisationen verhindern.

Sie, Herr Polizeipräsident, tragen die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Zwischenfälle.

Ich frage ferner:

Was gedenken Sie, Herr Polizeipräsident zu tun, um die gesetzwidrigen Maßnahmen gegen die Überwachung unseres Grundstückes zu verhindern.

Sind Sie, Herr Polizeipräsident im Falle einer weiteren Behinderung unserer Wache in der Lage, uns den Schutz unseres Grundstückes und der Produktiv-Genossenschaft vor faschistischen Überfällen zu garantieren? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es sich um Werte von Hunderten von Millionen handelt.

Ich erwarte Ihre umgehende Antwort.

Breslau, den 4. Juni 1923.

Bezirksleitung der KPD Schlesien
Alfred Oelner

Vom Tage Das Erdbeben in Berlin
Unter selbst aus Lehman: Die amtliche Mitteilung über das Erdbeben in der Gegend von Anklam lautet: Am 26. Mai ereignete sich heftige Erschütterung, die den ganzen Tag anbauerte. Die Bürger der Stadt wurden gerührt ebenso 30 Häuser und Helden, die im Umkreis von 14 Meilen um die Stadt liegen. In der Stadt wurden bisher 40 Beiden geborgen, in der Umgebung 220.

Russische Seeleute im deutschen Hafen

Am 25. Mai lief im Hafen von Bremen der russische Dampfer Proffsoh ein, um nach Aufnahme von Baumwolle am 26. den Hafen wieder zu verlassen. Vorschriftsmäßig und ordnungsgemäß, wie das bei allen einlaufenden Schiffen der Fall ist, erschien die Hafenpolizei und erledigte die notwendigen Formalitäten. Der erste Offizier des Proffsoh versicherte uns, daß die Hafenpolizei sehr korrekt und einwandfrei sei, die zwar streng die Vorschriften handhabt, aber keinerlei besondere Schwierigkeiten mache, die über das Maß des Erträglichen hinausgehen. Aber kaum hatte die Hafenpolizei das Schiff verlassen, so erschienen die Kriminalpolizei am Bord und verlangte die Durchsuchung der Schiffsräume (Hausdurchsuchung). Der erste Offizier fragte nach dem Zweck dieser Durchsuchung. Die Polizei antwortete, daß sie beauftragt sei, nach verbotenen politischen Schriften und Drucksachen zu suchen. Der Offizier bestätigte, daß allerdings auf russischen Schiffen die deutsche Polizei durchsucht auf großen Erfolg habe. Es sei richtig, daß der Dampfer eine ansehnliche Bibliothek in politischer, sozialistischer, kommunistischer und sonst wissenschaftlicher Literatur an Bord habe, daß auch eine große Anzahl politischer Tageszeitungen, Zeitschriften und Broschüren in verschiedenen Sprachen sich an Bord befinden, daß aber all dies die deutsche Polizei nicht das geringste angehe. Der russische Fahrzeugführer erklärte der Polizei, daß das Schiff souveränes Gebiet der russischen Nation sei, in dessen Hoheit er als Schiffsführer die einzige Polizeigewalt an Bord habe, und er sei nicht gewillt, sein Amt an die deutsche Polizei abzutreten, weshalb er höflich aber bestimmt verlangte, daß die deutsche Polizei sofort das Schiff verlasse. Die Polizei mußte unterdrückter Dinge wieder abziehen.

Als einige Stunden später die russischen Seeleute nach der Stadt wollten, um die für alle fremden Schiffer gestatteten und notwendigen Einläufe zu machen, weigerte sich die Polizei, die Passagierschiffe auszustellen. Vom ersten Offizier der Befragung nach den Ursachen der Weigerung befragt, erklärte die Polizei, daß das Passieren nur gestattet werde, wenn der erste Offizier die Garantie übernehme, daß die russischen Seeleute nicht mit ihren politischen Freunden in Verbindung treten, insbesondere keine kommunistischen Versammlungen besuchen. Der Offizier lehnte entrüstet eine solche Forderung ab mit dem Hinweis, ob denn in Deutschland etwa Seeleute anderer Nationen auch kontrolliert würden, wenn sie Kirchen oder Freudenhäuser aufsuchen. Hierauf forderte die Polizei, die russischen Seeleute sollen sich von der Polizei Fingerabdrücke machen lassen, alsdann könnten sie passieren. Diese Zumutung wurde von dem russischen Fahrzeugführer noch entschiedener abgelehnt, da er seine Mannschaften von deutscher Polizei nicht wie Verbrecher behandeln lasse.

Endlich, nach langen Verhandlungen erklärte sich die Polizei für befriedigt, nachdem ein deutscher Kaufmann die „Garantie“ übernahm, daß sich die russischen Seeleute „geltlich“ und „polizeifremd“ benehmen werden, während die russischen Seeleute durch ihren ersten Offizier erklären ließen, daß sie auf deutschem Boden das machen werden, was sie für ihre Selbst- und Weistesbedürfnisse für erforderlich erachten.

Aus der Art der Beilegung des Konfliktes geht hervor, daß es sich bei diesen polizeilichen Maßnahmen gegen die russischen Seeleute nur um die ebenso brutalen wie albernsten Schikanen eines antibolschewistischen Polizeihirns handelt. Die Beilegung des Konfliktes durch die Unterschrift eines deutschen Kaufmanns der polizeilichen Garantieforderung für die russischen Seeleute, also für Menschen, die dieser Kaufmann in seinem Leben zum erstenmal zu Gesicht bekam, und die er jedenfalls in seinem ganzen Leben nicht mehr zu sehen bestimmt, beweist die ganze Lächerlichkeit der Schikanen, denen die russischen Seeleute in deutschen Häfen ausgesetzt sind.

Die russischen Seeleute berichteten uns, daß neben Bremen auch im Hafen von Stettin solche und ähnliche Schwierigkeiten herrschen werden. Daß hingegen in den übrigen deutschen Hafengebieten, wie allen anderen europäischen Hafenstädten, besonders in Holland, Schweden, Dänemark, ja selbst in Belgien, Frankreich und England solche entwürdigenden Forderungen an die russischen Befragungen nicht gestellt werden.

Eingezogene Erkundigungen haben uns bestätigt, daß es sich bei den Beschwerden der russischen Befragungen in den Häfen von Bremen und Stettin, um Ausnahmemaßnahmen für russische Fahrzeuge handelt, die man gegenüber Schiffsbefragungen anderer Länder nicht zu unternehmen magt. Da dies aber auch nur auf diese beiden Häfen Deutschlands zutrifft, steht außerdem fest, daß es sich um Ausnahmemaßnahmen handelt, die von den dortigen Polizeiorganen ausgehen und schließlich auf einen einzigen oder einige reaktionäre Beamte zurückzuführen sind. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie diesem unverantwortlichen, die deutschen Handelsbeziehungen zu Rußland auf das schwerste schädigenden Treiben Einhalt gebietet.

Aus Breslau

Für Erwerbslosen-Demonstration

Es wird und noch geschrieben:
Auf dem Wege durch die Stadt wurde auch das Gewerkschaftshaus passiert. Die auf dem Schloßplatz gewählte Delegation verhandelte mit dem Ortsausschussangestellten Genossen Kuffer über die von den Erwerbslosen aufgestellten Resolutionen wegen Unterstützung derselben durch die Gewerkschaften und die SPD-Stadtverbände.

Von den Stufen des Regierungsgebäudes gab dann Genosse Hamann das Resultat dieser Verhandlung bekannt. Vom Genossen Kuffer wurde die Unterstützung der Resolutionen zugesagt und bekanntgegeben, daß vom Ortsausschuss schon Schritte bei der Reichsanzeiger unternommen wären in bezug auf die Arbeitslosen. Genosse Hamann sagte dann den Arbeitslosen weiter, daß noch ganz andere Wege eingeschlagen werden müßten, um dem Elend zu fliehen, welches unter den Arbeitslosen herrscht. Die Resolutionen seien wohl ganz gut, aber die Halbbankrotte Stadt und der aus dem letzten Nothzug ersessene Staat werden eben nicht imstande sein, durchgreifende Mittel zur Verfügung zu stellen. Deswegen sei notwendig, daß von den Arbeitslosen selbst unverzüglich Schritte unternommen werden. Eine gemeinsame Sitzung des Arbeitslosenrats mit den Vertretern der Gewerkschaften, der Betriebsrätezentrale, der SPD und der KPD, muß zu dieser, die gesamte Arbeiterschaft interessierenden Frage Stellung nehmen.

Weiter wies Genosse Hamann darauf hin, daß die Arbeitslosen von dieser Regierung und ihren Organen keine wirkliche Hilfe zu erwarten haben. Wenn wirklich etwas getan wird, so werden diese Maßnahmen nur wirken, wie ein Tropfen auf einem heißen Stein. Eine Arbeiterregierung, die sich stützt auf die breiten Massen des arbeitenden Volkes und deren Organisationen, wird imstande sein, das Arbeitslosenproblem in einer für die Erwerbslosen günstigen Form zu lösen. Erst sie wird die Macht haben, die Kapitalhähnen und Industriemagnaten zu zwingen, für ihre Opfer selbst zu sorgen. Aber auch nur dann, wenn sie die Unterstützung der gesamten arbeitenden Bevölkerung hat.

Der „Zon der Gasse“

Das von uns bereits „gewürdigte“ Flugblatt der „Volksmacht“ enthält ein geflügeltes Wort, nämlich: „Wegen der Zon der Gasse“. Also tauchen wir von der Gasse wieder mal andere Feder an den Rinnstein und stellen fest: Das geflügelte Wort entstammt dem Sprachschatz der Journalie. In den Jahren 1903 bis 1914 habe es in Breslau Herr Dr. Alfred Dehse, Chefredakteur der „Breslauer Zeitung“ in Erbschaft geerbt und es mindestens zweimal in der Woche gegen die sozialdemokratische Presse im allgemeinen und die „Volksmacht“ im besonderen angewandt. Er wie wettete der Duellmörder gegen die „Gassener Schuster und Schneider“ in der „Volksmacht“ und ihren „Sauberecken“. Und als Papa Scheidemann im Reichstage mal ein paar schmerzhaft ablässe gegen die Hohenzollern blies, darf sich der edle Dehse in die Brust und Hellamerte:

„Zwischen dem Zon deutscher Volksverbreiter und dem betrunkener Rowdies in der Gasse muß ein merklicher Unterschied sein.“ Mit den betrunkenen Rowdies gaven die Scheidemann gemeint.

Kürzlich hat der edle Doktor aus der Herrenstraße in einem Sonntagseilartikel anlässlich der Vergewaltigung unserer Genossen im Landtag fast wörtlich denselben Satz, den er im Jahre 1912 gegen die Scheidemannsche Scheuderte, gegen unsere Fraktion gerichtet. Wir brauchen es nicht zu registrieren, denn Dehse ist heute genau so erliebt wie das politische wie demokratische Dürerium, auf das Eduard Bernstein und Paul Löbe noch 1912 alle Hoffnungen gesetzt hatten. Und die Meinung der paar Breslauer Konfessionäre, die in naiver Geschmacklosigkeit das sonntägliche selbstgefällige Grinsen eines alten Manchesterchinesen für Ohrenschmaus und göttliche Offenbarungen halten, ist uns höchst gleichgültig. Wenn aber Sozialdemokraten über „den Zon der Gasse“ klagen, so beweisen sie damit, daß ihre Partei bereits so greifenhaft geworden ist wie der Liberalismus es in den Vorkriegsjahren war.

Im übrigen sollen es sich die Herren Schmeißer gelagt sein lassen. Wie man in den Wald hineintrifft, so schallt es wieder heraus. Wer, wie die „Volksmacht“ von 1916 bis 1918 die Anhänger des Spartakusbundes als Landesverräter beschimpfte, wer in dieser Zeit sogar bei den Antifemiten Anleihen machte und die theoretischen Verfechter der damaligen Parteiposition als Salzwindigen verhöhnte, wer in den Jahren 1918 bis 1923 eine Woche verstreichen ließ ohne die Kommunisten persönlich heranzuziehen. Wer die Stirn besaß, ohne den Schatten eines Beweises der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vorzubringen, daß sie Gelder von der Reaktion bezieht, der macht sich lächerlich, wenn er den Besillenehelle kopiert. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht auf andere mit Steinen werfen.

Heufestsetzung des Wertes der Sachbezüge. Der Wert des freien Unterhaltes einfl. freier Wohnung ist mit Wirkung vom 1. Juni ab wie folgt festgesetzt worden: Für weibliche Hausangestellte, Lehrlinginnen, Sechskinder usw. auf täglich 2000 Mark, monatlich 60 000 Mark, für männliche Hausangestellte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Handwerkergehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, auf täglich 2666 2/3 Mark, monatlich 80 000 Mark, für Angestellte höherer

Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Inspektoren, Gehaltsträger, Lehrer, Vermietler, Hausdamen) auf täglich 3333 1/3 Mark, monatlich 100 000 Mark. Der Wert der freien Wohnung, einschl. Heizung und Beleuchtung ist in den festgelegten Beträgen mit einem Zuschlag der Höhe enthalten. Sind zünftiger Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Verbänden) Tarif- oder Privatverträge abgeschlossen, nach denen höher bewertete Natural- und Sachbezüge zu leisten sind, als zu 1 festgesetzt, so sind die Höhe der Beträge maßgebend.

Aus dem Breslauer schwarzen Winkel (Fronleichnam im Dom)

Im heiligen Altertum war es Sitte, daß bei festlichen Gelegenheiten, z. B. bei den Prozessionen, die Ohren in Prozession umgetragen wurden. Diesen Brauch hat die katholische Kirche übernommen. Alljährlich, am sogenannten Fronleichnamstage wird ein aus Weizenmehl gebackener Oble, die sogenannte Hostie, in der sich Christus verbergen soll, umhergetragen. Ein solcher Aufzug fand am Donnerstag vormittag in Breslau rund um den Dom statt. Eine Menge Pfaffen, Beischwestern, Mönche und Nonnen, sowie Vereine und studentische Korporationen mit ihren Fahnen hatten sich eingefunden um diesen mittelalterlichen Rummel mitzumachen. Das „Allerheiligste“ trug Kardinal Bertram, angeleitet mit goldstrotzenden Gewändern in die sich auch die anderen Oberpfaffen gebüllt hatten. Von Jesus wird betan ilch berichtet, daß er als Sohn armer Zimmermannsleute in einem Stalle geboren wurde und sein ganzes Leben in proletarischer Armut verbrachte. Tene in Purpur und Gold geschüllten Pfaffen nennen sich anmaßend die Söhne jenes Armen als Magareth. Die Schätze der katholischen Kirche, ihre goldenen Konstranzen und Reiche die zehlfestbehalten Messegewänder, silbernen Weisrauchsessel usw. würden zu Geld gemacht, vollkommen hinreichen eine große Anzahl Hungerler und Armer zu sättigen und zu kleiden.

Ein Aufgebot der Breslauer Schuttpolizei sorgte, höchst überflüssigerweise, für die „Ordnung“ während des Umzugs. Wenn man sonst etwa in einem Breslauer Proletarierquartier einen Schuttpolizisten benötigt, ist bekanntlich weit und breit keiner zu entdecken, weil die Herren bei Prozessionen und ähnlichen wichtigen Ereignissen mit ihrer Anwesenheit glänzen müssen.

Da die Abziele- und Unterhaltungskosten für einen Konsummesser in ständigem Steigen begriffen sind, hat die Betriebsdeputation beschlossen, für diejenigen Gasentnehmer die nur vorübergehend oder ausfallswelke Gasbrennen einen Jahresami n d e s t e r b o r a u c h und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar d. J. ab, festzusetzen. Die Verbrauchssätze betragen beispielsweise: Bei einem dreiflammigen Gasmesser 75 Kubikmeter, bei einem fünfflammigen 80, bei einem zwanzigflammigen 100, bei einem sechzigflammigen 200, bei einem zweihundertflammigen 500 Kubikmeter im Jahre. Bezüglich aller Einzelheiten wird auf die Bekanntmachung in der nächsten Ausgabe des Gemeindeblattes vom 3. d. Mts. verwiesen.

Neue Höchstpreise für Mehl, Brot und Semmel. Auf Grund des § 35 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 in Verbindung mit dem Reichsgesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der hierzu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen verordnen wir:

Der Höchstpreis für den Verkauf des von der Stadt Breslau gelieferten Markenmehls und des daraus hergestellten Markengebäcks im Kleinhandel wird festgesetzt: für 1 Pfd. Roggenmehl auf 700 Mark, für 1 Pfd. Weizenmehl auf 750 Mark, für 1 Pfd. Roggenbrot auf 650 Mark, für eine Semmel mit einem Getreidegewicht von 100 Gramm auf 150 Mark. Die neuen Preise treten am 4. Juni 1923 in Kraft.

Aus der Provinz

Landeshut. Der Gimpelfang der Bürgerlichen. Die wenigen Tage bis zu der am 10. Juni stattfindenden Stadtverordnetenwahl werden von den bürgerlichen Parteien dazu benutzt, das gute Herz dieser Bürger für die Proleten in Fabrik, Werkstatt und Kontor im besten Glanze zu zeigen. Alle in Mochttätigkeit sich überden bürgerlichen Vereine müssen trotz der gänzlich unfruchtbar Aufgabe, durch Almosen das Elend zu lindern, herhalten, den Heerbanm der bürgerlich-reaktionären Liste zu mehren. Daran ändert auch nicht die Tatsache, daß man trotz schweren Bedenkens auch Arbeiter als Renomierkandidaten neben Schwerkapitalisten auf die Liste genommen hat. Die auf diesen Gimpelfang eingestellte Taxil wird bald durchschaut werden, wenn man sich die Besetzung des Stadtparlamentes zu Zeiten des seligen Herrn Reichners erinnert. Damals hatte das Stadtparlament außer dem Genossen Prall keinen einzigen aufrechten Vertreter des Proletariats, die bürgerlichen Vertreter fühlten sich mehr oder weniger von dem Willen und Wollen der damals an der Spitze stehenden Personen abhängig. Was unter diesen Umständen zur Schonung des Geldsacks der Industriellen an kulturellen Einrichtungen veranlaßt wurde, wird jetzt unter der schmerzlichen wirtschaftlichen Verhältnissen der geradezu brüden empfunden. Auch die jetzt von bürgerlicher Seite auf den Schild erhobenen Arbeiter werden nur als Leinrute zum Stimmengang und zur Verfestigung der Interessen des Geldsacks sich verpfändende Subjekte sein. Die bürgerliche Einstellung gegen die Arbeiterschaft sich auswirkt, dafür ein Beispiel Frau Pastor Krebs beneidet die Arbeiterinnen um die „lohnende“ Tätigkeit in den Betrieben. Frau Lehrer Tilo beneidet schwerkrante Arbeiterfrauen, welche sich noch einen Arzt leisten können. Arbeiterinnen! So haben diese Leute aus, so fühlen sie mit Euch und so denken sie über Euch. Und diese Leute hoffen durch Eure Stimmen die Mehrheit im Stadtparlament zur Verfestigung ihrer Geldsacksinteressen zu erlangen. Arbeit und Arbeiterinnen! Macht ihnen einen Strich durch die Rechnung!

Landeshut. Herr Schillers Logik. Am Mittwoch berichtete Herr Schiller über unsere Verammlung in Wernersdorf in der „Bergwacht“ u. a.

Eine öffentliche Verammlung der KPD mit dem Redakteur Dombrowski aus Breslau als Referenten fand hier erstmalig statt. Der Redner ging in sachlicher Weise auf die Ursachen der Ruhrbefehung ein, um dann ganz insonsequent die KPD für das Elend der Zeit verantwortlich zu machen.

Herr Schiller beklagt sich also in diesem Bericht über die Angriffe des Genossen Dombrowski gegen die Politik der KPD.

Am folgenden Tage las Herr Schiller in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ den Bericht über unsere Erfolge in Krausendorf. Dort hat der Parteilsekretär Schiller vollkommen abgewirtschaftet. Die früheren Mitglieder der KPD des Ortes gehören jetzt zur KPD. Es gelüste daher, was durchaus verständlich ist, Herrn Schiller unter diesen Umständen nicht, seine Diskussionsrede vom Sonnabend am Sonntag zu wiederholen.

Woll wir nun seine Abwesenheit in Krausendorf bedauernd — nicht wie er meint mit Freuden — feststellen, erwidert er auf unsere Bemerkung folgendes:

Die Freude ist leicht verständlich, denn am Vorabend wurde dem Arbeiterzeitungsredakteur Dombrowski in Wernersdorf von unserem Genossen das Konzept derart vorüber, daß sich der ganze Vortrag der KPD-Mannes wie ein Wusel um gut Wetter anhörte.

Schillers Logik! Am Mittwoch behauptet der gute Mann, der Referent hat die KPD angegriffen.

Am Donnerstag schlägt er seiner Behauptung vom Mittwoch ins Gesicht und fügt, der Referent habe die KPD um gut Wetter gebeten.

Dieser Verneinung, dessen Verlegenheitsmeln am Sonnabend abend mitleidbergegen war, will sich als den erfolgreichen Diskussionsredner aufspielen. Das steht dem eilen Spiegelhelden recht ähnlich!

Wetzstein. Wenn die Felle fort ist in ihnen. Die fortbauende Verelendung, das immer frechere Auftreten der Unternehmer und die Provokationen der Fasjisten tragen auch hier zur Aufreizung der Arbeiter bei. Vor Angst um die allmählich fortgeschwindenden Felle, hatte man sich, innerlich vor Wut lodgend, dazu aufgerafft den Massen wieder einen rebo-

lutionär klingenden Redeschwall vorzuzucken. Da aber die hiesigen Orden der KPD selbst die Rolle eines revolutionären Wühlendraschens nicht übernehmen konnten, (sätten doch die Massen nur zu leicht der Rede wahren Sinn begreifen.) fuhr man mit dem Reichstagsabgeordneten Heinrich Teuber (Bochum) auf. Er der alle Strömungen der Arbeiterbewegung vom rechten bis fast zum linken Flügel packiert hat, und nun endlich wieder in dem Schoße der KPD, gelandet ist, würde man schon den ehrliehen Willen zum revolutionären Kampf nicht abprechen können. Damit dieser auch Revolutionär nur nicht all zu sehr Reklami an der bisherigen Politik der KPD, über konnte, marschierten am Sonnabend den 26. d. im „Deutschen Hause“ zu Wetzstein ein hundertfugender Boyen auf. In seinem Referat über den „Ausgang der Ruhrkrisse“ gab er eine kurze Schilderung Vergangenes und Gegenwärtiges der Ruhrkrisse. Besonders hob er hervor, daß die proletarische Einheitsfront befestigt und daß die augenblicklichen Vorgänge in Dortmund und den übrigen Ortschaften, keine kommunistische Mache, sondern der elenden Lage der Ruhrarbeiter spontane einströmen sei. Wohl konnte er sich nicht verkneifen hierbei hervor zuheben, daß es unverantwortlich von Seiten der kommunistischen Partei sei, angesichts der fröndlichen Beschling Kontrallausgabe und Abwehrformationen zu propagandieren würde, doch dadurch die Bestrebungen der Konfession der Rheinlands gefördert. Nach scharfer Kritik der KPD-Politik benetzte er seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß sich die Bildung einer kleinen Koalition notwendig mache. Denn die Vorbedingungen zu einer Arbeiterregierung seien wohl noch nicht vorhanden. In der darauffolgenden Diskussion sprachen drei Genossen von uns, welche die Ursachen der Ruhrbefehung und deren Folgen für die Arbeiterschaft aufzählten. Die im ganzen Saale verteilten Boyen verstanden es durch persönliche Zwischenrufe den Genossen die sachlichen Ausführungen zu unterbinden. Nach Ihnen auch bei einem unserer Genossen gelang. Wie in allen Versammlungen, so ließ auch in dieser der Herr Reichstagsabgeordneter Franz Waldenburg durch sein Benehmen erkennen, daß es mit seiner Bildung nicht allzu weit her ist. Ein Genosse von uns setzte die Ausführung des Herrn Volksvertreter Franz in das richtige Licht. Das darauf folgende Schluswort war nur ein Gesamtammel von Einigungsrummel, an dem der Referent selbst nicht glaubt. Aber man hatte erreicht, was man wollte, die Schächchen blieben in Wetzstein tren im Stall.

Achtung!
Dienstag, den 5. 6. 1923 nachm. 5 Uhr findet in Waldenburg im „Edelstein“ eine Konferenz der kommunistischen Betriebsräte, Fraktionsleiter und Verbandsfunktionäre im Waldenburger Revier statt. Jeder Funktionär muß sich befristet erscheinen. Findet zur selben Zeit Betriebsräte-Konferenz statt, dann treffen sich die Funktionäre 1 Stunde früher im selben Lokal.

Betrieb - Gewerkschaft

Die Sozialdemokraten unterstützen die fasjistischen Gewerkschaften

Die reformistische Gewerkschaftspresse kann nicht laut genug die Kommunisten der Förderung und Unterstützung der fasjistischen Gewerkschaftsbewegung zeihen. Erst kürzlich hat der Vorsitzende des sozialdemokratischen Ortsausschusses des MDV in Hamburg die kommunistische Partei als die „Mutter der fasjistischen Gewerkschaften“ bezeichnet. Jetzt wird er durch seine eigenen Parteigenossen zugen gestraft, die im stillen praktisch die gelben Gewerkschaften dadurch unterstützen, daß sie Leute in ihrer Organisation dulden, die in den Betrieben offen die gelben Gewerkschaften großziehen.

So weiß die „Hamburger Volkszeitung“ aus einem Hamburger sozialen Betriebe zu berichten, daß auf Grund der Propaganda von zwei sozialdemokratischen Parteimitgliedern die Gelben einen Sitz im Betriebsrat erlangen konnten. Das wurde selbst den freigewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten im Betriebe so stark und sie beantragten das Ausschlußverfahren gegen die beiden Parteigenossen. Unter dem Vorhiss des Vorsitzenden der KPD in Hamburg, Reuter, wurde es abgelehnt, die beiden Stützen der fasjistischen Gewerkschaft aus den Organisation zu werfen. Sie werden weiter als wichtig in der KPD befunden, da sie sich allenfalls noch zur Kommunistenhege gut gebrauchen lassen.

Die Partei, die so offen die gelben Gewerkschaften unterstützt, hat kein Recht, die kommunistische Partei als die Mutter der fasjistischen Gewerkschaften“ hinzustellen. Diese Aufschulung fällt auf die Sozialdemokratie selbst zurück.

Der Streit im Chemnitzer Baugewerbe

In einer gut besuchten Streikversammlung am 30. Mai in Habels Ballhaus wurde zur Streiklage Stellung genommen. Es wurde scharf die schloße Handlungsweise des Baugewerksbundes verurteilt. Trotz des teuffischen Beschlusses des Baugewerksbundes, die von uns befreiten Bauten zu besetzen, haben es die streikenden Bauarbeiter von der Hauptstraße verstanden. Die 38 von uns befreiten Bauten von Streikbrechern frei zu halten. Diese lächerliche alberne Parole der Unternehmer durch Bet-lösmachung und Hunger die Kollegen unserer Organisation in den Baugewerksbund zu zwingen, um dadurch den Bauarbeitern den revolutionären Geist zu nehmen und den Streik abzuwürgen, ist an dem Kampfesamt der Bauarbeiter gescheitert. Trotz dem schamlosen Handeln der Gewerkschaftsbürokratie, trotz der Gewaltmaßnahmen der Unternehmer haben die

streikenden Bauarbeiter einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen.

Achtung! Arbeitergemeinschaft!
Es lebe der Kampf!

Achtung! Fabrikarbeiter!
Noch fehlen uns von einigen Orden die Adressen von Fabrik-Fraktionsführern oder Verbindungskleuten. Durch diese mangelnde Verbindung wird Euch und uns die Agitation erschwert. Wir ersuchen alle Genossen um Adressen sofort an den Bezirk oder an die Zentrale der KPD, Abt. Gewerkschaften Gruppe Chemie, Berlin E 54, Rosenhaler Str. 38, einzusenden.

Die Stimmen der Belegschaften

Für die Ruhrarbeiter, für proletarischen Selbstschutz, für die Arbeiterregierung.

Die Jemmer Metallarbeiter haben in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung einstimmig ihre Solidarität mit den kämpfenden Ruhrarbeitern bekundet. In der Resolution heißt es:

Die Mitgliederversammlung des MDV, Berlin an der Ruhr um ihre nachte Kritik kämpfenden Arbeitern ihre volle Sympathie aus und verlangt vom Hauptvorstand weitestgehende Unterstützung der in vorbesten Front gegen den Fasjismus kämpfenden Kollegen.

Sie ist der Auffassung, daß der fasjistische Gefahr, die in Thüringen besonders groß ist, nicht durch einzelne Parteien, sondern nur durch eine einheitliche geschlossene Kampffront der gesamten proletarischen Klasse, durch proletarische Hundertschaften begegnet werden kann. Zur Thüringer Regierungskrise erklären die Metallarbeiter:

Bezugnehmend auf die Regierungskrise in Thüringen stellt die Versammlung fest, daß die Vorschläge der KPD nicht geeignet sind die Interessen der Arbeiterschaft in geeigneter Weise zu vertreten. Sie begrüßt die Gegen-vorschläge der KPD und hält dieselben als Grundlage zur Bildung einer Arbeiterregierung für durchaus geeignet.

Die Versammlung fordert von der KPD, KPD und KPD die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Thüringen, der konkrete Maßnahmen zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Fasjismus und gegen die Offensive des Kapitals beschließt, und zur Bildung der Arbeiterregierung in Thüringen Stellung nimmt.

Damit hat sich die...
 Die Zeit-Arbeiter...
 Auch das letzte...
 In Opatz hat am Montag die Arbeiter-

Achtung! Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Achtung!
**Bergarbeiter
 Metallarbeiter
 Eisenbahner
 Oberschlesiens**
**Dienstag abends 6 Uhr, im
 Rüttengashaus Gleiwitz**
wichtige Konferenz
 Alle Betriebsräte, gewerkschaftliche
 Vertrauensleute müssen erscheinen, ohne Unterschied
 der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.
 Thema: „Der Kampf in Oberschlesien“.
 Die Betriebsrätezentrale

Der Reichspräsident und die Arbeiter
 Auf der Welt von Blohm u. Voß...
 der Einigung durch die...
 Reichspräsident...
 Eine Viertelstunde vor Schluss...
 regelmäßigen Arbeitszeit...
 und geboten Feierabend...
 Der größte Teil...
 der Arbeiter...
 Die anderen...
 bleiben am...
 ob das...
 mit ihrer...
 auch glücklich...
 Der große...
 Der Reichspräsident...
 Einige...
 Herr Blohm...
 begrüßt die...
 und zuletzt...
 Reichspräsident...
 kein Wort...
 Er...
 die Arbeiter...
 Die sozialdemokratischen...
 Der Reichspräsident...
 ein junges...
 die Menge...
 Warum...
 nur...
 der Industrie...
 der Kaufmannschaft...
 welche...
 und Blut...
 Der Herr...
 antwortet...
 seine Rede...
 Als...
 anfrucht...
 zu den...
 Sofort...
 Feuerwehrl...
 Heute...
 auf...
 Zur...
 Der...
 die 3...
 einer...
 Entsprechend...
 Die...
 schon...
 da...
 erhalten...
 Wirtschaftliche
 Arbeitnehmer-Jahrbuch
 1923
 Es enthält...
 Neben...
 Arbeiter-Jahrbuch!
 In...
 Preis...
 Zu beziehen...
 Produktiv-Genossenschaft...
 Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

Der Reichspräsident und die Arbeiter
 Auf der Welt von Blohm u. Voß...
 der Einigung durch die...
 Reichspräsident...
 Eine Viertelstunde vor Schluss...
 regelmäßigen Arbeitszeit...
 und geboten Feierabend...
 Der größte Teil...
 der Arbeiter...
 Die anderen...
 bleiben am...
 ob das...
 mit ihrer...
 auch glücklich...
 Der große...
 Der Reichspräsident...
 Einige...
 Herr Blohm...
 begrüßt die...
 und zuletzt...
 Reichspräsident...
 kein Wort...
 Er...
 die Arbeiter...
 Die sozialdemokratischen...
 Der Reichspräsident...
 ein junges...
 die Menge...
 Warum...
 nur...
 der Industrie...
 der Kaufmannschaft...
 welche...
 und Blut...
 Der Herr...
 antwortet...
 seine Rede...
 Als...
 anfrucht...
 zu den...
 Sofort...
 Feuerwehrl...
 Heute...
 auf...
 Zur...
 Der...
 die 3...
 einer...
 Entsprechend...
 Die...
 schon...
 da...
 erhalten...
 Wirtschaftliche
 Arbeitnehmer-Jahrbuch
 1923
 Es enthält...
 Neben...
 Arbeiter-Jahrbuch!
 In...
 Preis...
 Zu beziehen...
 Produktiv-Genossenschaft...
 Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

Verkauf
 Eine am 29. Mai von den freigewerkschaftlichen...
 Berlin...
 wegen...
 Ein Kollege...
 machte...
 im...
 nur...
 sondern...
 Die...
 Petrus...
 Salzfieber...
Haar
 Am...
 zu einer...

Kaufe täglich
Frauenhaare
 Zahl pro Gramm bis 30.— Mk.
 Selma Kunath, Breslau
 Schillerstrasse 21.
 Geschäftszeit täglich von 8—6 Uhr.

Verammlungs-Kalender.
 Jede Zeile unter...
KPD Bezirksleitung...
KJD Bezirksleitung...
Gewerkschaften
Andere Organisationen

Achtung Literaturlobleute!
 Die Broschüre
Max Hoelz
 der gemeine Verbrecher
 ist wieder eingetroffen.
 Bestellungen nimmt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
 Breslau, Nikolaitr. 49/50
 Abtlg. Buchhandlung.

Altmetalle
 Kupfer, Messing, Zink,
 Eisen, Blei und Eisen
 kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
 Buchhandlung und Metallwarenhandel
 Breslau 8, Bräderstr. 24
 vom im Laden
 Tel. R. 3095 Nebenstelle.
 Hast Du schon
das Kommunistische Emaillier
 gekauft?

Eine ganze Bibliothek für nur 4500 Mark
 erhalten Sie durch das
**Wirtschaftliche
 Arbeitnehmer-Jahrbuch
 1923**
 Es enthält alles, was zum...
 Neben...
 Arbeiter-Jahrbuch!
 In...
 Preis...
 Zu beziehen...
 Produktiv-Genossenschaft...
 Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

Proletarier!
 Bewusstigt die...
**Weltsprache
 „Esperanto“**
 die von Arbeitern...
 gesprochen...
 wird!

Der Reichspräsident und die Arbeiter
 Auf der Welt von Blohm u. Voß...
 der Einigung durch die...
 Reichspräsident...
 Eine Viertelstunde vor Schluss...
 regelmäßigen Arbeitszeit...
 und geboten Feierabend...
 Der größte Teil...
 der Arbeiter...
 Die anderen...
 bleiben am...
 ob das...
 mit ihrer...
 auch glücklich...
 Der große...
 Der Reichspräsident...
 Einige...
 Herr Blohm...
 begrüßt die...
 und zuletzt...
 Reichspräsident...
 kein Wort...
 Er...
 die Arbeiter...
 Die sozialdemokratischen...
 Der Reichspräsident...
 ein junges...
 die Menge...
 Warum...
 nur...
 der Industrie...
 der Kaufmannschaft...
 welche...
 und Blut...
 Der Herr...
 antwortet...
 seine Rede...
 Als...
 anfrucht...
 zu den...
 Sofort...
 Feuerwehrl...
 Heute...
 auf...
 Zur...
 Der...
 die 3...
 einer...
 Entsprechend...
 Die...
 schon...
 da...
 erhalten...
 Wirtschaftliche
 Arbeitnehmer-Jahrbuch
 1923
 Es enthält...
 Neben...
 Arbeiter-Jahrbuch!
 In...
 Preis...
 Zu beziehen...
 Produktiv-Genossenschaft...
 Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

Einen neuen Leser!
Genosse, vergiß es nicht!
 Verantwortlich für den gesamten...
 Breslau, Nikolaitr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

Spitzel.
 Aus dem Sumpf der politischen...
Das zukünftige Petrograd.
 Von G. Zyperowitsch.
Theorie
 des historischen Materialismus.
 Von N. Kuzarin.
Zum 5. Jahrestag der
deutschen Revolution
 35 Seiten stark
 broschiert 100. Mk.
 Zu beziehen von der
 Produktiv-Genossenschaft für die Provinz
 Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buch-
 handlung, Breslau, Nikolaitr. 49/50
 sowie alle Literaturlobleute.